

# Was „leistet“ die Reichsregierung im Reich.

(Deutschnationale, Volkspartei, Bayerische Volkspartei, Zentrum)

Sie hat uns keinen Fortschritt in der Außenpolitik gebracht, hat aber politischen Stillstand.

Durch großprecherische Reden ist neues Vertrauen erweckt, das den Fortschritt der Verhandlungsgespräche hemmt. Sie hat das Rheinland nicht befreien können. Sie hat beim Finanzangriff einige Länder auf Kosten der Reichsfinanzen beunruhigt.

Sie hat das langsame, aber unaufhaltbare Steigen der Preise nicht verhindert.

Sie verzögert das Disputationsgeschäft und entzündet die Auslandsdebatten, die vielfach vor den Trümmern ihrer Gattungen stehen.

Sie hat keine gerechte oder ernsthafte Aufwertung, aber eine unerhebliche Abwertung gebracht.

Sie hat den Kleinrentnern, die alles verloren haben, nur Verpfändungen, „Anbude“ und „Häufung“, aber keine ausreichende Lebensmöglichkeit gegeben.

Sie will mit einem reaktionären Schulgesetz die Schule an die Kirche ausliefern, den geistigen Fortschritt und die geistige Freiheit in unserem Volk unterbinden und damit dem deutschen Einzelkämpfer neue und völlig überflüssige Lasten auferlegen.

Sie verteuert dem deutschen Volke die Lebenshaltung durch fortwährende Preissteigerungen im Interesse des Grundbesitzers.

Sie belästigt und große Mietrückstände. Sie verteuert in unsinniger Weise Porto- und Telefongebühren.

Das sind die „Taten“ der Reichsregierung im Reich! Nicht anders sind die „Taten“ der Reichsregierung in unserem Lande.

Wohlgemerkt, habt ihr noch immer nicht genug davon? Köstet euch nicht wieder durch große Verpfändungen betören?

## Demokraten und Wohnungswirtschaft.

**Die Demokraten** haben sich auf das entscheidendste gegen die Mieterhöhung um je 10 % am 1. April und 1. Oktober 1927 gemehrt.

**Die Demokraten** waren Gegner der Freigabe der gewerblich genutzten Räume. Ihre Befürchtung, daß dadurch außerordentliche Mietssteigerungen erfolgen und viele Handwerker und Geschäftsleute in ihrer Existenz gefährdet würden, hat sich als richtig erwiesen. Die Demokraten haben vergeblich versucht, die Bildung einer Schiedsstelle zu erreichen, um wenigstens den größten Gefahren, die sich aus dieser Freigabe der gewerblich genutzten Räume ergeben, entgegenzuwirken zu können.

**Die Demokraten** sind die Vorkämpfer für ein **Wohnheimstättengesetz** (Eintrag Prodnau-Rönnneburg), das Spekulation und Wucher mit deutschem Boden verhindert, und erstrebt, möglichst vielen deutschen Familien eine Heimstätte zu verschaffen.

**Die Demokraten** haben wiederholt (Eintrag Rönnneburg) versucht, im Haushaltsplan größere Mittel einzusetzen, um Wohnungen zu bauen zu können für die Kriegsoffer und kinderreichen Familien.

**Die Demokraten** haben das abgelehnt. Die Rechtsparteien haben das abgelehnt.

**Die Demokraten** sind die Vorkämpfer für den Gedanken der Wohnsiedlung.

## Wohnungsbeschaffung in Braunschweig.

|                                     |                            |
|-------------------------------------|----------------------------|
| Der Reingewinn in Wohnungen beträgt |                            |
| 1921 936 (Wohnungen)                |                            |
| 1922 1181                           | das war zur Zeit der       |
| 1923 654                            | republikanischen Regierung |
| 1924 534                            |                            |
| 1925 922                            |                            |
| 1926 1228                           | das ist zur Zeit           |
|                                     | der jetzigen Regierung.    |

Dabei muß man beachten, daß früher die Mittel, die für den Wohnungsbau aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer zur Verfügung standen, sehr gering waren, denn damals betrug diese nur 10 Prozent und ließ beispielsweise die Veranlassung der Hauszinssteuer.

Jetzt beträgt sie 45 Prozent, also das dreifache, und dazu ist derlei festgestellt, daß die Hälfte des Hauszinssteueraufkommens für den Wohnungsbau verwendet werden muß.

# „Unparteiische“ braunschweigische Regierung?

## Ist das „unparteiisch“?

Der frühere Polizeipräsident Dr. v. d. v. der jetzigen Regierung und braunschweigischen Beamten aus dem Amt gedrängt worden ist, hat über seine Erfahrungen mit dieser angeblich „überparteilichen“ Regierung dem **Untersuchungsausschuß** des Landtages eine Denkschrift von über 220 Unterschriften überreicht. Darin sind seine gemachten Klagen und Beschwerden, unterstützt durch genaue Aktenmaterialien, zusammengefaßt.

Dies ist infolge der schweren Zeit, die er unter dieser angeblich „überparteilichen“ Regierung durchlebt hat, mit seiner Person sehr wenig zusammengefaßt und daher auch am stärksten Zeugnis nicht vernehmungsfähig. Es wäre eine Pflicht des Landtages, der Übersichtlichkeit und der Überparteilichkeit gewissermaßen, wenn der Ausschuß diese Denkschrift verlesen könnte, damit aus der Bevölkerung einmal ein deutliches Bild gegeben werden würde. Das hat die Reichsregierung des Landtages verhindert.

Nach der Reichsverfassung hat jeder Deutsche das Recht, an Reichstag und Landtag Petitionen (d. h. Petitionen) zu richten, ohne daß ihm daraus irgendwelche Nachteile erwachsen dürfen. Das hat auch Frau Frau. Jetzt hat unversöhnlich die Reichsregierung die Untersuchungsausschüsse beschaffen, die die Regierung die Angelegenheit der Denkschrift, die der Bevölkerung vorzulegen will, auszuüben, damit diese daraus feststellen kann, ob die Frau nicht irgendeinen Verleumdungsprozeß an den Hals zu hängen vermag.

Die Minister sind vor dem Untersuchungsausschuß die Beschuldigten. Trotzdem beschloß die Reichsregierung des Ausschusses, daß sie in allen vertraulichen Sitzungen teilnehmen dürfen, was ihnen künftliche Klagen und Unterlagen zur Verfügung gestellt werden. So wird somit nicht mit Bedacht verfahren.

**Ist das überparteilich? Gerecht? Anständig?**

## Demokraten und Hauszinssteuer.

Die Hauszinssteuer ist von den Rechtsparteien und der Wirtschaftspartei sowie dem Zentrum 1925 im Reichstage auf Antrag des braunschweigischen Finanzministers von Seebach in der jetzigen erzielenden Höhe beschlossen worden.

### Die Demokraten stimmen dagegen.

**Die Demokraten** fordern, daß diese Steuer nicht für dauernd erhoben, sondern nur auf zwei Jahre abgeändert wird. Ihre Erträge sollten nur für den Wohnungsbau verwendet werden. Die Rechtsparteien und Reichsregierung in Braunschweig haben sie dauernd erhöht und den 35 %igen Steuerfuß sogar schon ab 1. April 1926 (gegen 1. Juli 1926 in den anderen Ländern) in Kraft gesetzt. Nachher haben sie ihn weiter erhöht auf 45 %.

**Die Demokraten** fordern eine Befreiung der Hauszinssteuer für die Kriegsoffer, Sozial- und Kleinrentner und kinderreichen Familien.

**Die Demokraten** fordern eine Einstellung der Hauszinssteuer zur Entlastung der wirtschaftlich schwachen Kreise.

**Beides hat die jetzige Mehrheit des Landtages abgelehnt.**

**Die Demokraten** fordern leider vergeblich, daß für Saisonrenten in den Bade- und Kurorten die Hauszinssteuer nur für die Zeit der Bade- und Saison erhoben wird.

Wenn man das beachtet und die Zahlen vergleicht, so findet man doch mächtig feinen Anlaß für die Unzufriedenheit der jetzigen Regierung über ihre Leistungen im Wohnungsbau.

## Die Deutsche demokratische Partei für die Reichsbahnbeamten.

Der **Hr. Schuldt-Siegis** hat sich wiederholt im Reichstag und gegenüber der Reichsbahnverwaltung zum Fürsprecher der Klagen und Wünsche der Reichsbahnbeamten gemacht, weil diese in mehrfacher Beziehung gegenüber ihren Kollegen bei anderen Behörden benachteiligt worden sind. Es ist ja bekannt, daß die Reichsbahnverwaltung in außerordentlichem Maße die Arbeitskräfte ihrer Beamten ohne jede große Rücksichtnahme in Anspruch nimmt. So hat sich Hr. Schuldt wiederholt gegen das System der Zeithauszulage gewandt. Er hat dabei wohl die Aufmerksamkeit breiterer Schichten der Reichsbahnbeamten zum Ausdruck gebracht, wenn er diese Zulagen als ein System kritisiert, das weniger die Leistungsfähigkeit erhöht, aber sehr tief den ausgeübten Geist in dieser Beamten-schicht einer gefährlichen Verfallsperiode unterwirft.

Zu diesem Sommer ist er gemeinsam mit dem **Hr. Rönnneburg** verurteilt worden, um eine Befreiung in den Urlaubsverhältnissen der Bahnbeamten zu erreichen, die auch in diesem Punkte den anderen Beamtengruppen gegenüber benachteiligt sind. Der braunschweigische Reichsbahnminister hat sich darauf, im September eine lange Antwort gegeben, die nur geringe Abhilfe bringt, daß er keine Möglichkeit sehe, in dieser Frage etwas unternehmen zu können.

## Das nennt man Wahrung der Beamtenrechte!

Der demokratischen Partei anscheinende Politikmann Klagen ist nach 25 tabellarischen Dienstjahren der jetzigen Regierung auf die Straße geworfen worden, obwohl sein zutreffender Grund vorliegend war. Man hat zwar versucht, ähnlich wie im Falle Dr. Siegel, unter Falschnahme der Ehre, den politisch unbedarften Mann zu ruinieren. Aber der ihm angehängte Prozeß wegen Mordmordbrand endete sogar auf Antrag des Staatsanwalts mit einer glatten Freisprechung.

Er hatte aber früher die allmächtigen braunschweigischen Herren, Dörmannsdorf, Hartwig und Regierungsrat Klade, einmal als die Führer getreten, und deshalb mußte er fort, unempfangbar, da er auch bei Herrn Minister Lutz nicht beliebt war.

Jetzt ist vor dem Untersuchungsausschuß in geradezu zwingender Weise dargestellt worden, wie die Regierung mit Hauptmann Klagen umgegangen ist und wie sehr sie ihm Unrecht getan hat. Was aber sagt dazu die Landesregierung? Sie sagt dazu noch den Hohn! Sie schreibt: „Der Ausschuß ist entlassen worden, das ist für ihn bezeichnend. Weiterhin ist ihm Unrecht geschehen (selbst die Landesregierung weiß natürlich, daß ihm unbedingt Unrecht geschehen ist, d. h. Klade), was aber gibt das uns, die Öffentlichkeit, den Staat an.“ Wo es geht den Staat, die Öffentlichkeit nicht an, wenn Beamte nach einer langen, tabellarischen Dienstzeit auf trauriger Bezahlung des Rechts empfinden auf die Straße geworfen werden. Gewiß, was geht es den Staat, den Steuerzahler an, wenn man einen Hauptmann Klagen entlassen kann, wenn auch beschweren. Bestenfalls werden wir uns für ihn ein neues Verbrechen, der natürlich der Rechtsparteien angehört, eingestellt wird! Ein fröhlicher Mann kann sich nicht denken. Was geht es den Staat, die Öffentlichkeit an, wenn das Recht mit Füßen getreten wird. Wenn endlich das allgemeine Recht wird gegenüber den westwärtsdenkenden Beamten der Beamten, dann können sie sich gratulieren. Was sagen die Beamtenorganisationen dazu? Die Beamtenliste sollte auf dem Boden sein und dafür sorgen, daß durch die Auswahl den Herrschaften das Handwerk gelegt wird, in die solcher Weise die Beamtenrechte missachtet.

## Oberbürgermeister Trautmann über Wohnungsbau.

Dem tauffähigen neuen Oberbürgermeister von Braunschweig ist es zu danken, wenn in der Stadt Braunschweig allein im Jahre 1926 30 viel Wohnungen gebaut worden sind wie in den Jahren von 1919 bis 1925 zusammen. Jetzt will er weitere 260 Wohnungen bauen unter Lebensnahrung der vollen Kosten (1,2 Millionen) auf die Stadt.

Weiter findet die Stadt bei der jetzigen Regierung nicht die nötige Unterstützung. Trautmann sagte am 20. Oktober: „Als Ende 1927 ist dem Staate aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer aus der Stadt Braunschweig ein Vermögen von 6 Millionen zugewachsen, ohne daß der Staat seinerseits wesentliche Opfer zur Förderung der Wohnungsbau-Gesellschaft gebracht hat. Die Leistungen des Staates sind außerordentlich gering gegenüber den Leistungen der Stadt, die im Ergebnis für die Städte der meisten anderen Länder nicht nur die Zinsverluste allein tragen muß und sie nicht aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer abdecken kann, sondern auch noch an diesen Aufkommen in feiner Weise beteiligt ist.“

Die diesjährige Erweiterung des Bauprogramms geschieht ausschließlich aus städtischen Mitteln ohne Unterstützung des Staates. Und dann nimmt die Regierung noch für sich in Anspruch, daß sie besonders große Leistungen im Wohnungsbau vollbracht hat!

## Demokraten und Aufwertung.

**Die Demokraten** haben nichts versprochen, aber das Mögliche zu leisten versucht. Sie haben das Unrecht der Aufwertungsgehe in Reichstage bekämpft. Sie haben zahlreiche Verbesserungsanträge gestellt, die aber abgelehnt wurden. Unter anderem fandat Rönnneburg hat für weitgehende Aufwertungsanträge aus des Herrn West gestimmt.

**Die Demokraten** brachten einen Antrag ein, für die Kriegsanzahlheißer ein 12 % prozentiges Währungs-papier zu schaffen, damit ihnen wenigstens etwas gegeben wurde.

**Die Demokraten** brachten ein **Reinrentnerverpflegungsgesetz** vor, das für die Kriegsregierung nur solche Worte hatte. Dieses Gesetz, mit dem Reinrentner einen **Rechtsanspruch** auf regelmäßige Renten und Versorgung in Krankheit- und Todesfällen sichern. Die Beratung dieses so bringenden Gesetzeswurde haben die Rechtsparteien bis in die jüngste Zeit zu verhindern gewagt.

**Die Demokraten** machten also keine schönen Worte, brachten aber Taten!

